

### *Die DGSF beim europäischen Fachgespräch von AGF und COFACE*

Am 29. September fand von den beiden Verbänden, der AGF (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.) und „COFACE Families Europe“ ein gemeinsames Europäisches Fachgespräch zum Thema "The Child Guarantee - a tool to tackle family poverty?" als Hybridveranstaltung statt. Für die DGSF folgten Petra Lahrkamp in Präsenz sowie online Katja Belenkij (beide Kita-Expertinnenteam DGSF) und Julia Hille (FG-Sprecherin Systemische Sozialarbeit) der Einladung der AGF zu dieser medial und inhaltlich professionell gestalteten Veranstaltung.

Nach Abschluss einer Machbarkeitsstudie zu dem geplanten Europäischen Programm der „Kindergarantie“ diente dieser Austausch dazu, die Einschätzung aus verschiedenen Ländern und verschiedenen Organisationen einzuholen. Anschließend sollen die Ergebnisse in den weiteren politischen Diskurs gebracht werden. Hinter dem Programm der Kindergarantie steht das Ziel der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes für alle Kinder und Jugendliche in 5 zentralen Lebensbereichen Garantien zu schaffen: Ernährung, Wohnung, Betreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung.

Nach mehreren Vorträgen aus verschiedenen europäischen Ländern gab es sowohl im direkten Anschluss als auch zum Ende der Veranstaltung die Gelegenheit für Fragen und Diskussion, die verständlicherweise stärker im Raum als im Chat geführt wurde.

Große Einigkeit herrschte darüber, dass Kinder und Familien am ehesten unterstützt werden, wenn Armut bekämpft wird. Dabei ist Niedrigschwelligkeit bedeutsam, da besonders betont wurde, dass Familien die Leistungen ohne besonderen Aufwand erhalten sollen. Dies passt aus unserer Sicht zumindest in Deutschland nicht zu der aktuellen politischen Strategie des Schaffens von Ansprüchen, für deren Umsetzung die Leistungen individuell und teilweise kompliziert beantragt werden müssen (Bspw. BUT, Kindergeld, u.ä.).

Inhaltlich haben wir folgende Aspekte mitgenommen:

- eine klare Position für eine "verhältnismäßige Universalität": also eine Zurverfügungstellung von Grundrechten breit für alle und zusätzliche Einzelmaßnahmen,
- einfache und am besten automatisierte Zugänge (z.B. hat Belgien den Kinder-Corona-Zuschuss einfach an alle gezahlt, ohne Antragsformular),
- grundlegende Strukturen, finanzielle Hilfen und zusätzliche Leistungen (natürlich mit Qualität),
- Vermeidung eines weiteren einzelstehendes Systems zusätzlicher Hilfen für besondere Zielgruppen, das eine eigene Logik entwickeln würde, damit kostenintensiv wäre und sich nicht sinnhaft mit anderen Systemen koppeln lassen würde,
- stärkere Einbindung von Lokalpolitiker\*innen, weil diese letztendlich die Steuerung vor Ort übernehmen müssen. Bislang wurde diese Akteursgruppe nicht am Prozess beteiligt.

Was aus unserer Sicht zu wenig Raum fand, war die These, dass strukturelle Bilder sich ebenfalls ändern müssen: Und dazu zählt auch, das Mitbestimmungsrecht von Familien und Kindern zu stärken und sie als Expert\*innen noch mehr einzubeziehen. Es gab zwar bei der Studie Fokusgruppen mit Kindern, unseres Erachtens spielte diese eine marginalisierte Rolle.

Es wurde deutlich, wie unterschiedlich das Thema Kinderrechte in Europa in den einzelnen Ländern behandelt wird. Ein Beispiel dazu: Griechenland muss aufgrund seiner desolaten Finanzsituation eine Auswahl an bedürftigen Personengruppen treffen, die Leistungen in Anspruch nehmen dürfen und erhalten. Geschuldet ist es laut der Sprecherin, dass Griechenland unter der Finanzkrise 2007, dem Beginn des Flüchtlingsstroms 2015 und der Corona-Pandemie in diesem Jahr stark gebeutelt wurde. Die EU will hier unterstützend wirken, bindend ist jedoch das jeweilige nationale Recht. Fazit war, dass die europäischen Länder besser in ein Zusammenspiel finden sollten, um eine annähernd einheitliche Kindergarantie voranzubringen.

Anfangs fehlte uns der Aspekt der frühkindlichen Bildung. Der Fokus lag vor allem auf der schulischen Ebene und welche Chancen sich u.a. hinsichtlich der Digitalität ergeben. Auch die Frage danach, wie Inklusion so gestaltet werden kann, dass sie nicht diskriminiert und anschließend auch die Frage, wie viel Exklusivität Inklusion zulässt sind wichtige Diskussionen in ganz Europa.

Neben der Bekämpfung der Armut wurde ein weiterer Faktor zur Stärkung der Kinderrechte benannt: wenn man eine Verbesserung der Lebensumwelt der Kinder schaffen möchte, muss dies auch über die Unterstützung der Eltern geschehen. Jedoch sind bestimmte Familien und Eltern strukturell benachteiligt und dies wurde letztlich zu kurz diskutiert. Von uns wurde ein weiterer Aspekt eingebracht: dass die Schamgefühle der Familien und das Erleben von Diskriminierung ein wirksamer Störfaktor für den Erfolg solcher Programme sind. Hier kann ein Schwerpunkt der Arbeit der DGSF sein, darauf vermehrt hinzuweisen. Somit würde der Blick von den spezifischen Zielgruppen auf eine gesamtgesellschaftliche Sichtweise erweitert und auf alle Lebensabschnitte und Familienformen bezogen.

Aus systemischer Sicht ist dieses Programm grundsätzlich zu begrüßen und inhaltlich zu unterstützen. Wir bedanken uns bei der DGSF für die Einladung und bei der AGF für die Möglichkeit der Teilnahme auch vor Ort.

Petra Lahrkamp; Katja Belenkij und Julia Hille